

Susanne Miller

Die Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

David M. Morgan, *The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917 – 1922*, Cornell University Press, Ithaca / London 1975, 499 S., Ln., £ 12.70.

Robert F. Wheeler, *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*. Aus dem Amerikanischen übertragen von Agnes Blänsdorf, Verlag Ullstein, Frankfurt/Berlin/Wien 1975, 388 S., Ln., 58 DM.

Hartfrid Krause, *USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (= Studien zur Gesellschaftstheorie)*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 397 S., kart., 34,20 DM.

Kenneth R. Calkins, Hugo Haase. *Demokrat und Revolutionär*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Arthur Mandel, Colloquium Verlag, Berlin 1976, 245 S., Snolin, 38 DM.

Jahrzehntelang war die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) von der Geschichtsforschung völlig vernachlässigt worden. Eugen Pragers ohne wissenschaftliche Ambitionen geschriebenes Buch eines engagierten Journalisten über seine eigene Partei, dessen erste Auflage (1921) kurz vor dem Ende der USPD erschien und immer noch Informationswert besitzt, blieb über ein halbes Jahrhundert die einzige veröffentlichte Monographie über die USPD. In der Bundesrepublik wurden während der sechziger Jahre in einigen Studien über herausragende USPD-Vertreter – Wilfried Gottschalch über Rudolf Hilferding (1962), Ursula Ratz über Georg Ledebour (1970), Peter Pistorius über Rudolf Breitscheid (unveröffentl. phil. Diss., 1970) – mindestens Teilaspekte dieser Partei behandelt. Eine umfassende Darstellung fehlte weiterhin – ein Beweis mehr, daß politische Zeitströmungen und das Kriterium des politischen Erfolgs auf die Themenwahl der Historiographie einen bedeutenden Einfluß ausüben. Denn die USPD war zwar die größte zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus angesiedelte Massenpartei, die es je gab: 1920 kam sie mit ihren Mitglieder- und Wählerzahlen ziemlich dicht an die SPD heran; aber ihre Lebensdauer betrug nur fünfeinhalb Jahre. Bereits im Oktober 1920, auf dem Höhepunkt ihrer numerischen Stärke von fast 900 000 Mitgliedern mit nahezu 5 Millionen Wählern, wurde sie durch die Entscheidung der Parteitagsmehrheit für den Anschluß an die Kommunisten um zwei Drittel reduziert. Und der Beitrag der ehemaligen Unabhängigen in ihrer neuen politischen Heimat, der KPD nach 1920 und ihres rechten Flügels in der SPD nach 1922, läßt sich nicht leicht abschätzen, wenn man von einigen Prominenten – Wilhelm Pieck, Wilhelm Koenen, Walter Stoecker und Franz Dahlem in der KPD, Rudolf Breitscheid, Rudolf Hilferding und Paul Hertz in der SPD – absieht. Eine Erforschung dieser ephemeren und in ihrer Heterogenität schwer zu erfassenden Partei reizte die Historiker in der Bundesrepublik nicht. Schlecht kommen die »Zentristen« in der DDR-Geschichtsschreibung weg. Die ihnen dort gewidmeten Monographien, meist unveröffentlichte Dissertationen, betrach-

ten die USPD, sofern sie nicht als kraftlose Variante der SPD abgetan wird, lediglich als ein Durchgangsstadium der »Linksentwicklung« zur KPD hin.

Es ist nicht von ungefähr, daß es zwei heute an amerikanischen Universitäten lehrende Historiker sind, die sich die USPD zum Gegenstand ihrer über zehn Jahre betriebenen Untersuchungen auserkoren haben. Abgesehen davon, daß Wissenschaftler in Amerika und England schon seit längerer Zeit besonderes Interesse für die Erforschung deutscher Parteien gezeigt und dabei häufig Pionierarbeit geleistet haben, genießt die USPD bis heute in der angloamerikanischen Welt eine besondere Stellung: Während die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten als »Kaisersozialisten« gilt, wird die Treue der USPD gegenüber den Idealen des Internationalismus, der Kriegsgegnerschaft und eines klassenkämpferischen Sozialismus anerkannt.

Um es gleich vorweg zu sagen: *David Morgans* Geschichte der USPD ist ein imponierendes, faszinierendes Werk. Es verbindet Gründlichkeit und Scharfsinn in der Heranziehung und Auswertung einer sehr breiten Quellenbasis mit der Konzentration auf die wesentlichen Fakten und Probleme der Entwicklung und des Handelns dieser komplexen Partei, die klug und überzeugend interpretiert werden. Die Fülle der präsentierten Tatsachen ordnet der Verfasser als Kommentator, nicht als Zensor. Er geht nicht von einem Thesenkatalog aus, stellt auch am Ende seiner umfassenden Untersuchung keine abschließenden Betrachtungen an, sondern zieht von Fall zu Fall ein kurzes, treffendes Resümee. Als ein Beispiel dafür sei seine Deutung der Tatsache zitiert, daß die USPD im Gegensatz zu den Spartakisten in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Massenanhang gewann: »Given the traditions of the German labor movement, its radicalization, both during the war and after, found expression, not in breakaway splinter groups, but within the broad Social Democratic movement, with its vague and malleable institutional framework and ideology. From 1917 until 1920 it found its home in the USPD« (S. 63). Den Schlüssel für das Dilemma und die Frustrationen der USPD in einer Zeit, als sie nicht mehr lediglich als eine Protestbewegung agieren und agitieren konnte, sondern gestaltend in die Politik eingreifen mußte, liefert Morgans Feststellung: »The Independents were ready for revolution, in their different ways. They were not prepared for the postrevolutionary period« (S. 118).

Die Arbeiterparteien, nicht die Rätebewegung, hält Morgan für die entscheidenden Faktoren der Revolutionszeit. Die sich als Wahrerin der Vorkriegstraditionen der deutschen Sozialdemokratie verstehende USPD zeigte wenig Fähigkeit zu konstruktiver Aufbauarbeit: Durch ihre Geschichte und Ideologie war sie für die Rolle einer Oppositionspartei prädestiniert. Gerade darin lag auch ihre Anziehungskraft auf die von der Revolution und der Politik der Mehrheitssozialdemokratie, der führenden Regierungspartei der Weimarer Koalition, tief enttäuschten Massen (vgl. S. 242). Der Radikalisierungsprozeß, der seit ihrer Entstehung in der USPD angelegt war und durch die innenpolitische Entwicklung der jungen Republik so mächtig gefördert wurde, erwies sich aber schließlich als Sprengkraft, die die Partei auseinanderriß und ihr Ende beschleunigte. Daß die Leninschen »21 Bedingungen« für die Aufnahme in die Dritte Internationale – also die Verschmelzung mit den Kommunisten – von der Mehrheit der Delegierten des USPD-Parteitag von Halle im Oktober 1920 angenommen wurden, läßt sich durch den Erfahrungshintergrund dieser aus so unterschiedlichen Elementen zusammengesetzten Partei erklären: »The USPD had been so unsuccessful as a revolutionary force that the rigor and purposefulness of Bolshevik doctrine had a degree of real appeal« (S. 366). In der USPD-Führung blieb dennoch die demokratische, antikommunistische Tradition so stark, daß nur vier der zwölf Mitglieder des USPD-Vorstands für den Anschluß an die Komintern stimmten.

Das Schicksal der Rumpf-USPD nach Halle war vorgezeichnet: »The SPD had again become, in a sense, *the* party of the proletariat for non-Communists. The USPD's separate existence needed explanation more than ever« (S. 381). Das Selbstverständnis dieser amputierten, verzweifelt einen »dritten Weg« suchenden Partei drückte Wilhelm Dittmann, ihr

stets auf dem gemäßigten Flügel stehender Zentralsekretär, so aus: Sie sei »die auf dem Boden des wissenschaftlichen Marxismus stehende proletarische Massenpartei Deutschlands, die sowohl den Nurreformismus wie den Putschismus verwirft« (Zit. S. 390, Anm. 23). Ein Jahr später ging sie in der reformistischen »Mutterpartei« auf. Mehrere Umstände trugen zu diesem Schritt bei: innere Spannungen und finanzielle Schwierigkeiten der USPD, die Alarmierung aller republikanisch-demokratischen Parteien durch den Rathenau-Mord und die Bereitschaft der SPD, auf den Eintritt in eine Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei zu verzichten. Auf dem USPD-Parteitag von Gera im September 1922, ihrem letzten, stimmten nur 9 der 192 Delegierten gegen den Zusammenschluß mit der SPD; das war allerdings nicht ohne eine gewisse Manipulation von oben zustande gekommen. »These final debates [in Gera] were not a glorious end of the party – they could hardly be so. The delegates of the majority were either apprehensive about the future or embarrassed about the past, and very much aware of having acted as much under the pressure of events as from high idealism« (S. 437). »A reduced and chastened minority whose moment had once come and had passed them by«, so seien die Unabhängigen zur Mutterpartei zurückgekehrt (S. 446).

Mit diesem Befund schließt Morgan seine traurige Geschichte. Er ist nicht auf alle Fragen eingegangen, die sie aufwirft, hat auf einen sozialgeschichtlichen Bezugsrahmen und auf Strukturanalysen verzichtet, er hat keinen Versuch unternommen, seine Thematik zu aktualisieren, und über seine geschichtstheoretische Position verliert er nicht ein Wort. Sind das Mängel? Mag sein. Aber ich kenne kein historisches Werk über eine Partei, das klarer und sorgfältiger Tatsachen und Zusammenhänge darstellt und interpretiert. Morgan erhebt nicht den Anspruch, ein neues Modell der Parteigeschichtsschreibung zu entwerfen, es wird jedoch nicht leicht sein, die Vorzüge seiner Monographie zu übertreffen.

Eine immense Forschungsarbeit steckt auch in der Studie von *Robert Wheeler*, der einen wesentlichen Aspekt der USPD in den Mittelpunkt rückt: ihr Verhältnis zur Internationale. Sowohl die Entstehung dieser Partei als auch ihre Auflösung legen diese Fragestellung nahe. Denn die Minderheit, die sich im Frühjahr 1916 von der SPD-Reichstagsfraktion als »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« trennte und ein Jahr darauf die USPD gründete, verstand sich als Vollstreckerin der Vorkriegsbeschlüsse der Sozialistischen (II.) Internationale, und bei der Spaltung der Partei im Herbst 1920 ging es um die Frage, welcher der beiden Internationalen, der Zweiten oder der Dritten (Komintern), sie angehören sollte. Die Konzentration auf sein Thema verstellt Wheeler nicht den Blick für die Tatsache, daß im politischen Tageskampf die Auseinandersetzung über andere Probleme die USPD beherrschte: die Haltung zum Parlament und zu den Räten, zur Demokratie und zur Diktatur, ihre Stellung in der Gewerkschaftsbewegung, die Frage putschistischer Methoden. Man möchte meinen, daß die Uneinigkeit der verschiedenen Flügel über diese Fragen von unmittelbarer und praktischer Bedeutung die Partei zerrissen hätten, und doch gelang es – so Wheeler –, für sie Lösungen zu finden, die den größten Teil der Mitglieder befriedigten. Nur bei der anscheinend theoretischen Frage der Internationale erwies sich ein Kompromiß als unmöglich (S. 281 f.).

Der Meinungs- und Willensbildungsprozeß von der Parteibasis bis zur Spitze, der die Auflösung der USPD in eine Mehrheit, die zu den Kommunisten ging, und eine Minderheit, die zur SPD zurückkehrte, einleitete, wird von Wheeler mit aller Gründlichkeit untersucht. Durch eine Auswertung der lokalen Parteipresse und anderer Quellen weist er nach, daß die Entscheidung für die Komintern ein Sieg der Mitglieder gegen die Führung und den Apparat der Partei war. Diesen durch das Ergebnis der Abstimmungen über die »21 Bedingungen« in den einzelnen Parteigliederungen unterbauten Tatbestand deutet er ähnlich wie Morgan: »Für eine beständig wachsende Zahl von Unabhängigen ragte die russische Revolution als Signal der Hoffnung auf. Nachdem sie hatten ansehen müssen, wie ihre eigene Revolution bei mehr als einer Gelegenheit verraten wurde, und nachdem sie sich allgemein

von der ›neuen‹ deutschen Gesellschaft abgekehrt hatten, sehnten sie sich in ihrer politischen Isolierung nach einem apokalyptischen revolutionären Wechsel. Unter diesen Umständen war ihnen kein Preis zu hoch, um des Allheilmittels der Komintern würdig zu werden« (S. 250). In den Gebieten, in denen die USPD nur geringen Einfluß besaß, bestand eine weit stärkere Bereitschaft zur Annahme der »21 Bedingungen« als in denen, wo die USPD dazu neigte, sich in die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung integrieren zu lassen (S. 286).

Von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern der Weimarer Republik überhaupt, ist der von Wheeler festgestellte Umstand, daß nach der Spaltung in Halle ein beträchtlicher Teil der USPD-Linken – etwa 180 000 Personen oder ungefähr 20 % der Mitgliedschaft von USPD und KPD zusammen – der sich nun »Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands« nennenden Partei nicht beitrug und 1922 auch bei der SPD nicht zu finden war. In den Wahlen, die in den Ländern und in Berlin nach Halle stattfanden, zeigte sich eine parallele Tendenz: Etwa 20–30 % der früheren USPD-Wähler gaben ihre Stimme nicht mehr Parteien links von der SPD ab. »Die Spaltung [von Halle] kam also die radikale Arbeiterbewegung Deutschlands teuer zu stehen [. . .] Wieviele potentielle Mitglieder und Wähler hätten sich beispielsweise für eine dynamische Alternative zur SPD gewinnen lassen? Während der wenigen Jahre ihres Bestehens hatte die USPD gezeigt, wie die Antwort auf die Frage ausfallen konnte. Aber keiner ihrer beiden Nachfolgeparteien gelang es auch nur annähernd, an ihre Stelle zu treten« (S. 267). Wo landete dieses der Arbeiterbewegung verlorengegangene Mitglieder- und Wählerpotential? Vielleicht könnte eine bis in die untersten Einheiten reichende Wahlanalyse eine wenigstens partielle Antwort geben. Wheelers alle ungesicherten Ergebnisse ausschließende Studie verzichtet auch in diesem Punkt auf Spekulation.

So sehr Wheeler zuzustimmen ist, daß »das Vermächtnis der ›Bolschewisierung‹« der USPD-Mehrheit nichts anderes gewesen sei »als die politische Entmannung der radikalen Linken und die Prostituierung der Idee des sozialistischen Internationalismus« (S. 287), so fragt es sich doch, ob der Anschluß an die Komintern nicht eher ein äußerer Anlaß als der eigentliche Grund dieser Entwicklung gewesen ist. Das Verhältnis zu Moskau, das heißt die Anerkennung oder die Ablehnung des Zentralkomitees der KPdSU als oberste politische Instanz, wurde nach dem Ersten Weltkrieg zum Prüfstein, an dem die Einheit der Arbeiterbewegung endgültig zerschellte. Aber war das in erster Linie durch die Gründung der Komintern und deren Forderungen an ihre Mitgliedsparteien bedingt? Auch nach der formellen Auflösung der Komintern wurden Kommunisten und Sozialdemokraten durch die gleichen Prinzipien getrennt, die in den zwanziger Jahren für die Spaltung ausschlaggebend waren. Für die Kommunisten blieben Moskaus Weisungen weiterhin bindend, und die Politik der Sowjetunion wurde von ihnen kritiklos verteidigt – der Eurokommunismus ist erst sehr jungen Datums und seine Zukunft ist noch nicht abzusehen. Was aber die USPD anbelangt, so spricht viel dafür, daß sie sich früher oder später gespalten hätte, auch wenn sie von der Komintern nicht so unausweichlich vor eine Entscheidung gestellt worden wäre.

Das Dilemma dieser Partei, die einerseits von den demokratischen, reformerischen Traditionen der Arbeiterbewegung und andererseits von ihrer eigenen situationsbedingten Entstehung und Funktion als reine Protestbewegung geprägt war, paralyisierte sie selbst zu der Zeit, als sie auf dem Höhepunkt ihrer organisatorischen Stärke und ihrer Wahlerfolge stand. Dieses Dilemma drängte auf eine Lösung – die Alternativen, die sich anboten, wollte die USPD nicht ihre eigene Geschichte seit 1917 wiederholen, waren der russische Bolschewismus oder der nach dem Westen orientierte demokratische Sozialismus. Die beiden Internationalen verkörperten diese Alternativen, und das Ringen um den Anschluß an die eine oder die andere war nur ein Reflex der inneren Orientierungskrise der USPD. Diese spätestens seit Kriegsende manifest gewordene Dauerkrise dieser Partei wird von Wheeler in ihrer negativen Auswirkung auf ihre Aktionsfähigkeit unterschätzt. Er neigt dazu, ihre

internen Meinungsverschiedenheiten und Konflikte eher für ein Zeichen ihrer Lebendigkeit als für die Ursache ihrer politischen Ineffektivität zu halten. Ebenso wie Morgan ist auch Wheeler zurückhaltend mit Urteilen. In den Implikationen besteht jedoch zwischen den beiden Autoren ein gewisser Unterschied, mindestens in der Akzentsetzung: Bei Morgan gewinnt man den Eindruck, daß die USPD letzten Endes an sich selber scheiterte, bei Wheeler, daß es äußere Einflüsse waren – die konterrevolutionäre Entwicklung in Deutschland, die Intransigenz und Herrschsucht Moskaus –, die das Schicksal dieser Partei besiegelten. Die beiden Interpretationen schließen einander nicht aus, es fragt sich nur, welche Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt werden sollten. Morgans Argumentationslinie wirkt überzeugender.

Nach dem Vorliegen der Arbeiten von Morgan und Wheeler – die lange vor dem Erscheinen in Buchform als Dissertationen zugänglich waren – bedarf eine weitere USPD-Monographie der Rechtfertigung. Für die von *Hartfrid Krause* verfaßte läßt sie sich schwer finden. Sie enthält so gut wie nichts, was von den beiden anderen Autoren nicht ungleich fundierter behandelt worden wäre. Da Krause deren Untersuchungen kannte – er würdigt sie eingehend in seiner Einleitung –, ist es verständlich, daß er seine eigene Arbeit weniger narrativ als analysierend anlegte. Forschungsergebnisse sind ja dazu da, ausgewertet zu werden. Wie Krause das tat, ist aber höchst unbefriedigend. Dafür ein charakteristisches Beispiel: Zu der Rolle der USPD während der Novemberrevolution stellt Krause fest: »In manchen Teilen des Reiches [in welchen, wird nicht erwähnt] war die USPD führend an Staatsregierungen beteiligt. Nicht nur in Berlin verstand es indes die alte Sozialdemokratie im Verein mit der alten Bürokratie meisterhaft, den revolutionierenden Einfluß der USPD-Regierungsmitglieder zu neutralisieren und mit der Zeit ganz auszuschalten« (S. 121). Im nächsten Absatz heißt es: »Da man [die Unabhängigen] sich vor der Revolution kaum Gedanken über die notwendigen Entscheidungen und Umgestaltungspläne gemacht hatte, war man mit tagespolitisch-aktuellen Fragen voll ausgelastet« (S. 122). Worin bestand dann aber der »revolutionierende Einfluß« der Unabhängigen, die ja offenbar keine Vorstellung entwickelt hatten, was »revolutionierend« wirken werde? Aber selbst wenn sie sich darüber vorher Gedanken gemacht hätten, wären sie mit Tagesaufgaben »voll ausgelastet« gewesen, denn diese ließen sich ja während der Revolution nicht auf Eis legen, sie hätten nur in einem »revolutionierenden« Sinne gelöst werden müssen. Die Antwort, was »revolutionierend« war oder gewesen wäre, bleibt Krause aber schuldig. So undurchdacht wie die hier zitierten Sätze ist sein ganzes Buch. Das Brauchbarste daran sind die im Anhang wiedergegebenen Ergebnisse der Reichstags- und der Landtagswahlen. Im Literaturverzeichnis werden die obenerwähnten biographischen Beiträge zur USPD-Geschichte von Gottschalch, Pistorius und Ratz nicht aufgeführt, ein Register gibt es nicht. Im ganzen: eine oberflächliche und nachlässige Arbeit.

Es ist das Verdienst ebenfalls eines amerikanischen Historikers, *Kenneth R. Calkins*, durch eine Biographie von Hugo Haase den Versuch unternommen zu haben, den ersten Vorsitzenden der USPD vor der Vergessenheit zu bewahren. Die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, die Gründung der USPD, ihre Beteiligung am Rat der Volksbeauftragten (der ersten Zentralregierung der Novemberrevolution), ihre Rückkehr zur Opposition Ende 1918, ihr mühsamer Weg zwischen der mit so viel Zugeständnissen an die alten Mächte regierenden Mehrheitssozialdemokratie und den putschistischen Spartakisten – all diese Stadien der Partei sind aufs engste mit Persönlichkeit und Wirken Haases verbunden. Am 7. November 1919 starb er, 56jährig, an den Folgen eines – nicht politisch motivierten – Attentats.

Haases Nachlaß ist vernichtet. Seine wichtigsten persönlichen Zeugnisse sind in den Briefen überliefert, die sein Sohn Ernst Haase 1929 zusammen mit einigen seiner Reden herausgab und mit einer aufschlußreichen Einleitung versah. Im übrigen war der Biograph auf parteigeschichtliche Quellen und einige Auskünfte von Zeitgenossen, die Haase nahestanden, an-

gewiesen. Dennoch ist es ihm gelungen, die Persönlichkeitsstruktur und die politischen Probleme herauszuarbeiten, die für das Verständnis von Haases Rolle wesentlich sind. Wertvoll dafür sind auch drei kurze Beiträge in dem Band von Walter Friedlander, Ernst Hamburger und Peter Fleischmann, die mit Haase verwandtschaftlich und freundschaftlich verbunden waren. Freilich bleibt manches ungeklärt: Calkins nennt Haase einen Marxisten und weist auf seine Beeinflussung durch Kant hin – wie weit war er aber tatsächlich an Fragen der sozialistischen Theorie interessiert? Was veranlaßte ihn, von Anfang an seine Stellung auf dem linken Flügel der SPD zu beziehen? Von welchem Zeitpunkt an war Haase bereit, die Spaltung der SPD zu riskieren? Warum zog er nicht bereits bei der Gründung der USPD die Grenzen nach links hin? Diese und noch viele andere Fragen konnten wohl wegen des begrenzten Quellenmaterials nicht oder nur unzulänglich beantwortet werden. Sie hätten aber mindestens von Haases Biographen selber gestellt werden müssen.

Haase stammte aus einer in kleinen Verhältnissen lebenden jüdischen Familie und wurde ein erfolgreicher Rechtsanwalt in Königsberg. Schon als Student schloß er sich der Sozialdemokratischen Partei an, noch vor der Jahrhundertwende schickte sie ihn in den Reichstag. Aber nichts prädestinierte ihn zum »Berufspolitiker« – er war eher ein unabhängiger, gebildeter Bürger, dessen soziales Bewußtsein ihn zum Anwalt der Armen und Verfolgten werden ließ, im Gerichtssaal ebenso wie im Parlament. In der Partei wurden seine Intelligenz, Prinzipientreue und Lauterkeit geschätzt, er wurde ihrem linken Flügel zugerechnet, galt dabei aber als gemäßigt und ausgesprochen konziliant. Seine Wahl zum Vorsitzenden der SPD – neben Bebel – im Jahre 1911 spiegelte, wie Calkins darlegt, ihr Dilemma wider: »Der rechte Flügel stand in offener Opposition zu ihm, und die Linksradiكالen hatten nur für ihn gestimmt, um aus der Isolierung herauszukommen«. Die Mitte sah in ihm den Retter der bedrohten Parteieinheit, für die gemäßigte Linke war er ein unerschütterlicher Widersacher des Revisionismus (S. 34 f.) Haase verfügte weder über eine breite Basis in der Partei noch über die Kenntnis ihres Apparats und die Fähigkeit, ihn zu handhaben. Im Grunde war und blieb er für die Parteibürokratie ein Außenseiter. Er hatte gegen seine Neigung und ganz gegen sein Eigeninteresse – er mußte seine Königsberger Anwaltspraxis aufgeben – die Führungsposition akzeptiert, um der Partei einen Dienst zu erweisen. Dies war eine unglückliche Ausgangslage für seine weitere Laufbahn.

In seinen tiefsten inneren Konflikt geriet Haase, als er am 4. August 1914 als Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion die Erklärung zum Votum für die Kriegskredite abgab, obwohl er selber die Bewilligung für falsch hielt. Er tat es, um die Einheit der Partei zu retten. Erst allmählich rang er sich zu dem Entschluß durch, seine eigene Überzeugung nicht der Parteidisziplin zu opfern. So wurde er der Führer der Minderheit, die sich 1916 von der Reichstagsfraktion und ein Jahr darauf von der Partei trennte. Am 9. November 1918 gab er den Ausschlag für die Regierungsbeteiligung der USPD. Neben Friedrich Ebert wurde Haase Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, es war aber Ebert, der dessen Politik bestimmte. Die Folge war eine gärende Unzufriedenheit in den Reihen der USPD. »Die Zwietracht in der Partei«, so Calkins, »war gewiß in hohem Maße eine Folge der Sektiererei des linken Flügels. Daß die Partei damit nicht fertig wurde, ist zum Teil Haases Schuld. Im Bemühen, die Koalition und eine kollektive Atmosphäre in der Regierung aufrechtzuerhalten, nahm er zu vielen Problemen, die seine Anhänger beunruhigten, nicht mit der nötigen Klarheit und Schärfe Stellung und versäumte es, ein Programm aufzustellen, das sich wenigstens die Kräfte hätten zu eigen machen können, die es nicht auf die Spaltung der Partei ankommen lassen wollten« (S. 183). Auf dem Parteitag im März 1919 gelang es Haase zwar, die Wahl des Rätetheoretikers Ernst Däumig zum Mitvorsitzenden zu verhindern, die Partei im Lande hatte er jedoch nicht in der Hand. »Hätte Haase vielleicht die Spaltung und das Ende der USPD verhindern können, wenn er länger gelebt hätte?«, fragt sein Biograph und meint: »Als angesehenster Führer der Partei hätte er den gemäßigt-

ten Flügel gewiß sehr verstärkt. Haases Freunde blieben seiner Politik treu. Sein persönliches Prestige hätte ihnen jedoch schwerlich dazu verholfen, den Dingen einen anderen Lauf zu geben« (S. 198). In ruhigeren Zeiten wäre Haase ein hervorragender Repräsentant der Sozialdemokratie gewesen, obwohl wahrscheinlich nie eine allgemein anerkannte Führerpersönlichkeit. Das Unglück dieses Humanisten war, in einer der schwierigsten Umbruchperioden der neueren Geschichte politische Verantwortung tragen zu müssen, ohne die dazu nötige Härte und Entschlossenheit zu besitzen.